Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht 80 Pf. monatl., 2.70 Mk. vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt 75 Pf. monatl., 2.25 Mk. vierteljährl.

Durch die Post:

innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.00 Mk., monatl. 1.20 Mk. ausschl. Postbestellgeld, ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnements-Annahme: Johannisgasse 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis 10 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Tel.-Anschl. 14 692 (Nachtanschluß) 14 693 14 694

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr Gesamtauflage 5 Mk. p. Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilage höher. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Druck und Verlag von Fischer & Kürsten. Inhaber: Paul Kürsten.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, 1 (Telephon 4621).

Nr. 292. Sonnabend, den 21. Oktober 1911. 105. Jahrgang.

Die vorliegende Ausgabe umfaßt 14 Seiten.

Das Wichtigste.

* Im Leipziger Neuen Rathaus fand gestern die feierliche Einweisung des auf Lebenszeit gewählten Oberbürgermeisters Dr. Dittrich, des gleichfalls auf Lebenszeit gewählten II. Bürgermeisters Roth und des III. Bürgermeisters Dr. Weber durch den Kreishauptmann v. Burgsdorff statt. (S. bes. Artikel.)

* Der Reichstag beendete am Freitag die erste Lesung des Entwurfs einer Privatbeamtenvorlage. (S. Leitart. und Reichstagsber.)

* Nach offiziösen italienischen Meldungen sind die Italiener bei Benghasi, Derna und Homs gelandet. (S. bes. Art.)

* Infolge der neuen gesetzlichen Maßnahmen sind die Güteraufteilungen in Bayern wesentlich zurückgegangen.

* Die chinesischen Rebellen sollen den Regierungstruppen eine schwere Niederlage bei Hankau beigebracht haben. (S. bes. Art.)

* Im Prozeß Becker wurde der Angeklagte wegen Beleidigung in drei Fällen zu einer Gesamtstrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt, in zwei weiteren Fällen freigesprochen. (S. letzte Dep.)

Die Versicherung der Privatbeamten

J. **Berlin**, 20. Oktober.

Das Reichsparlament hat die Regierung gedrängt und gedrängt, die Privatbeamtenversicherung noch in dieser Session vorzulegen. Nun ist der Zeitpunkt da, und zum Schaden des Zustandekommens des Gesetzes scheint der späte Termin nicht zu sein. Am gestrigen Tage skizzierte zur Einleitung der Generaldebatte Staatssekretär Dr. Delbrück die Grundlinien des Gesetzentwurfes und würdigte die Motive, die zu dessen Vorlegung geführt haben. Heute hatten nun die Volksvertreter zu diesem Thema das Wort. Es war vorauszusehen, daß unter allen Parteien Einigkeit über die Notwendigkeit herrscht, dieses Gesetz noch vor dem Sessions- und Reichstagsschluß unter Dach und Fach zu bringen. Freilich wurde noch manches Wenn und Aber gesprochen; namentlich das eine hört man: Wenn den geistigen Arbeitern im Kontor, Direktionszimmer, Zeichensaal usw. durch die Versicherung für die Zeit der Erwerbsunfähigkeit und des Alters noch mehr geboten werden könnte, wäre es noch schöner. Doch steht hier eine feste Schranke entgegen: Wenn mehr geboten werden soll, müssen auch die Beiträge der Angestellten erhöht werden. Denn zu dieser Versicherung wird kein Reichszuschuß gezahlt; Angestellte und Unternehmer teilen sich brüderlich in die Kosten des Gesetzes.

Wenn der Sozialpolitiker der Reichspartei, Abg. Linz, der im Kreise Elberfeld-Barmen gewählt ist, der Ansicht Ausdruck gab, mit den gestrigen Erklärungen des Staatssekretärs Delbrück sei die Frage, ob Sonderklasse, oder Einbau in die allgemeine Versicherung, noch nicht erledigt, es müsse vielmehr noch einmal diese Frage ausführlich erörtert werden, so kann man zweifelhaft sein, ob ihm die Kommission darin folgen wird. Die Frage ist gesetzestechnisch und machtpolitisch heute schon entschieden, und zwar ist sie entschieden durch die vorhergehende Schaffung des großen Werkes der Reichsversicherungsordnung und durch die Geschäftslage des Hauses. Man wird nicht an den Grundlagen der neuen Vorlage rütteln, um das Ganze nicht zu gefährden. Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) rühmte zwar, was im Rahmen der allgemeinen Versicherung für die Angestellten hätte herausgeschlagen werden können, und Mugdan (Vpt.) stand als sicherer Stratege da, der schon jetzt die Schlacht zugunsten des Eintritts der Arbeiterrente mit 65 Jahren ausfechten sieht, worin er nicht so unrichtig hatte. Aber es handelt sich bei diesen Darlegungen doch hauptsächlich um prinzipielle Demonstrationen.

Die Erklärung, die das Zentrum über die Vorlage durch den Mund Trimborns abgab, lautete recht günstig, ebenso diejenige, die Freiherr von Richthofen für die Konservativen dem Hause kundgab. Und auch Dr. Stresemann (Natl.), der langjährige Vorkämpfer der Angestelltenversicherung, sah im allgemeinen erreicht, was nach Lage der Dinge erreicht werden kann. Sachlicher Streit wird vermutlich noch um die Behandlung der Ersatzkammern, um die Anlage des Vermögens der Versicherungsträger und um die Doppelversicherung der Versicherten mit einem Einkommen bis zu 2000 Mark entbrennen.

Die beteiligten Angestellten werden durch ihre Organisationen vielleicht zu den einzelnen Phasen der Beratung noch Anregungen geben, Beschlüsse unterbreiten usw. Jedenfalls steht die Mehrzahl von ihnen nicht mit der abwartenden Gebärde da, wie bisher bei jedem Arbeiterfürsorgegesetz die angeblich berufene Vertretung der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie. Ob die Angestellten zufrieden gemacht werden, ist zweifelhaft. Man ist darin skeptisch geworden. Die Arbeiterversicherung hat dieses Ziel nicht erreicht. So empfahl denn auch der schon genannte nationalliberale Redner das Werk, das geleistet werden muß und wird, unter dem Gesichtspunkt einer Pflicht gegen die Angestellten zu fassen. Schön wäre es freilich, wenn auf allen Seiten nach dem Spruche gehandelt würde: „Legt Anmut in das Geben, legt Anmut in das Nehmen."

Heute hat sich der Reichstag seinerseits bemüht, wirklich schnell zu geben: Es gelang ihm, die erste Lesung zu beenden.

Die feierliche Einweisung des Leipziger Oberbürgermeisters und des II. und III. Bürgermeisters.

Im Gesamtratssitzungssaale fand heute vor dem Königlichen Kreishauptmann, Herrn v. Burgsdorff, in Anwesenheit der Vorsteher und einer Anzahl weiterer Vertreter des Stadtverordnetenkollegiums sowie der städtischen Beamtenschaft die Wiederverpflichtung des auf Lebenszeit gewählten Oberbürgermeisters Dr. jur. et phil. h. c. Rudolf Bernhard August Dittrich statt.

Kreishauptmann v. Burgsdorff

eröffnete die Feier mit einer Ansprache folgenden Inhalts:

Zu einem Akt von ganz besonderer Bedeutung für die Stadt Leipzig habe man sich heute versammelt. Er danke den Vertretern des Rates, des Stadtverordnetenkollegiums und der Beamtenschaft für ihr Erscheinen und heiße sie herzlich willkommen. Als ihm die Nachricht davon, daß der Oberbürgermeister mit erdrückender Mehrheit auf Lebenszeit wiedergewählt worden sei, während seines Urlaubes erreicht habe, habe er sich darüber sehr gefreut und er habe die Wahl nach seinem Urlaub gern bestätigt. Der mit dem heutigen Tage gegebene Zeitabschnitt in der Geschichte Leipzigs fordere zu einem Rückblick auf. Er gedenke dabei zunächst dankbar der ehrwürdigen Gestalt des Bürgermeisters Koch, dann aber auch unseres Ehrenbürgers, des Geheimrats Dr. Georgi, die sich große Verdienste um die Stadt erworben hätten. Dann sei der Oberbürgermeister Dr. Tröndlin gekommen, der viel für die Stadt Leipzig geschaffen habe. Nach dessen Tode sei Dr. Dittrich zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig gewählt worden. Jetzt nach nur 3 Jahren sei er bereits wiedergewählt worden. Darin liege ein großes schönes Vertrauenszeugnis. Er teile dieses Vertrauen, kenne er doch Herrn Oberbürgermeister schon seit langer Zeit als ausgezeichneten Verwaltungsbeamten. Herr Oberbürgermeister Dr. Dittrich habe den ihm vorausgegangenen Ruf in vollstem Maße bestätigt und mit klarem Blicke die Verwaltung der Stadt Leipzig geführt. Die Stadt Leipzig habe unter seiner Leitung eine erfreuliche Entwicklung genommen. Herr Oberbürgermeister Dr. Dittrich sei aber auch stets den Pflichten des Oberbürgermeisters gewachsen gewesen und habe die Staats- und Gemeindeinteressen immer als gemeinschaftliche behandelt. Die Staatsregierung komme ihm mit vollstem Vertrauen entgegen und er selbst werde ihm jede nur mögliche Förderung zuteil werden lassen. Hierauf nahm der Herr Königliche Kreishauptmann unter Hinweis auf den früher geleisteten Eid Herrn Oberbürgermeister Dr. Dittrich mittels Handschlags an Eides Statt wieder in Pflicht, wies ihn erneut in sein Amt als nunmehr lebenslänglich gewählten Oberbürgermeister der Stadt Leipzig ein und stellte ihn als solchen den Anwesenden vor, indem er zugleich den besten Glückwünschen und der Hoffnung Ausdruck gab, daß seine Tätigkeit stets zum Segen der Stadt Leipzig ausschlage.

Hierauf beglückwünschte

Bürgermeister Roth

Herrn Oberbürgermeister Dr. Dittrich im Namen des Ratskollegiums. Mehr als 12 Jahre gehöre er dem Kollegium an, davon 3 als Oberbürgermeister. In diesen 12 Jahren habe die Stadt Leipzig eine gewaltige Entwicklung genommen und werde sich voraussichtlich auch weiter kräftig entwickeln. Für das Ratskollegium sei es daher eine besondere Genugtuung, daß das schwere Amt des Oberbürgermeisters in den besten Händen sei. Man bewundere täglich die Geschäftskenntnis, Arbeitskraft und Tatkraft, mit der er an die stets neu auftauchenden großen Aufgaben herantrete und die entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen wisse. Aber nicht nur sachliche Gründe machten dem Rate seine Persönlichkeit wert, habe er doch stets größten Wert auf das gute persönliche Einvernehmen gelegt, und sei es ihm doch gelungen, die Kollegialität im Ratskollegium zu erhalten und zu fördern. Einem jeden Mitglied des Ratskollegiums sei er ein guter Berater und Freund gewesen. In aller Namen überbringe er ihm deshalb die herzlichsten Glückwünsche in der Hoffnung, daß er noch viele Jahre wie bisher sein hohes Amt verwalten werde.

Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Dr. Rothe

erinnert an die erstmalige Einweisung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Dittrich vor drei Jahren. Damals sei eine ganze Anzahl von Wünschen geäußert worden. Daß diese Wünsche in der Zwischenzeit Erfüllung gefunden hätten, beweise deutlicher als Worte der Umstand, daß schon jetzt die Wiederwahl des Herrn Oberbürgermeisters auf Lebenszeit erfolgt sei. Herr Oberbürgermeister Dr. Dittrich sei in dieser Zeit nicht nur der Leiter der großen städtischen Verwaltung, sondern auch das Vorbild eines Beamten gewesen. Dabei habe man es stets besonders dankbar begrüßt, daß er sich immer bestrebt habe, die Beziehungen zur Bürgerschaft und zum praktischen Leben aufrecht zu erhalten und Anregungen zu Vereinfachungen der Verwaltungsgeschäfte nach Kräften zu befolgen. So sehe man mit Vertrauen der Zukunft entgegen und wünsche, daß ihm die Gesundheit, Kraft und Frische, deren er sich bisher zu erfreuen gehabt hat, auch weiterhin beschieden sein möge.

Oberbürgermeister Dr. Dittrich

dankte zunächst dem Herrn Königlichen Kreishauptmann für die Bestätigung seiner Wahl und für die liebenswürdigen Worte gelegentlich der Einweisung, indem er gleichzeitig der Freude Ausdruck gibt, daß die Stadt ihn an der Spitze der Kreishauptmannschaft sehe. Mit großer Genugtuung habe es der Rat begrüßt, daß der Herr Königliche Kreishauptmann mit warmem Interesse sich über die Einrichtungen und Verhältnisse der Stadt Leipzig eingehend unterrichte und an ihrer Entwicklung steten Anteil genommen hat. Er bitte unter dem Ausdruck des Dankes, daß der Herr Königliche Kreishauptmann dieses Wohlwollen der Stadt bewahre und bei der Königlichen Staatsregierung dafür eintreten möchte, daß den Interessen der Stadt eine entsprechende Würdigung und Förderung zuteil werden möchte. Wenn auch die Stadt Leipzig sich bewußt sei, viel aus eigener Kraft geschaffen zu haben, so wisse man doch sehr wohl, daß man stets der wohlwollenden Förderung der Königlichen Staatsregierung fortdauernd bedürfe. Hieran knüpft der Herr Oberbürgermeister Dr. Dittrich den aufrichtigen Wunsch, daß man recht lange die Freude habe, Herrn Kreishauptmann v. Burgsdorff an der Spitze der Königlichen Kreishauptmannschaft zu sehen und daß ihm seine Tätigkeit in unserer Stadt, die ja den Vorzug habe, seine Heimat zu sein, dadurch erleichtert werde, daß er sich allezeit in ihr heimisch fühle. Sodann dankte der Herr Oberbürgermeister dem Herrn Bürgermeister Roth für seine freundlichen Worte und schloß daran den Dank an die Herren Mitglieder des Rates für das einmütige Eintreten für seine Wiederwahl und damit verbundene kollegiale Gesinnung, wie für die bisherige tatkräftige Unterstützung. Er bittet, diese kollegiale Gesinnung ihm auch für die Zukunft zu erhalten. Wenn es ihm gelungen sei, manche der schweren Aufgaben zu lösen, die bisher an die Verwaltung herangetreten seien, so sei das nur dem gemeinsamen Zusammenwirken und der gemeinsamen Liebe zur Stadt Leipzig zu danken. Dabei bitte er die Beamtenschaft, ihn auch weiterhin in der bisherigen Weise tatkräftig zu unterstützen. In seiner langen Tätigkeit habe er feststellen können, daß in der städtischen Beamtenschaft Pflichteifer und Treue vorhanden seien, auf die man stolz sein könne, beschränkten sich doch die Beamten nicht auf ihre Pflichtenkreise, sondern stellten auch darüber hinaus ihre Tätigkeit in den Dienst der Stadt. Dafür danke er auf das wärmste, indem er gleichzeitig versichere, daß er stets dafür eintreten werde, daß redlicher Arbeit auch ihr Lohn werde.

Hierauf dankte er Herrn Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Dr. Rothe herzlich für seine Begrüßung, dankt aber auch für die tatkräftige Unterstützung seitens des Stadtverordnetenkollegiums. Die vorzeitige Wiederwahl habe er besonders freudig und dankbar als Anerkennung seines ernsten Willens empfunden, und er schätze diese Würdigung um so höher, als in den städtischen Kollegien naturgemäß nicht immer die gleichen Anschauungen über die einzuschlagenden Wege herrschen. Das werde wohl auch des öfteren für die Zukunft der Fall sein, aber aus der Vergangenheit schöpfe er die zuversichtliche Hoffnung, daß man gegenseitig die Ansichten objektiv prüfe, auf daß es im gegenseitigen Einverständnis gelingen möge, der künftig gewiß auch in reichem Maße auftretenden Aufgaben gerecht zu werden. Dieses Handinhandgehen sei besonders wichtig in den jetzigen Zeiten. Man müsse immer das Einigende hervorheben und das Trennende zurückstellen. Es sei jetzt eine Zeit der Gärung, wie sie mit Zeiten des Uebergangs immer verbunden sei. Gerade darum aber sei es Pflicht aller derer, die es als Männer unabhängig nach unten wie nach oben ernst meinen mit unserem deutschen Volke, sich selbstlos zu stellen in den Dienst der Allgemeinheit, zurücktreten zu lassen alle Sonderinteressen. Gerade in den jetzigen Zeiten treten an die Großstädte, die sich immermehr als Mittelpunkt des sozialen Lebens ausbilden, schwierige Fragen heran, die nur gelöst werden könnten, wenn sich die Einzelnen als Glied des großen Ganzen fühlen. Darum sei es sein sehnlichster Wunsch, daß es ihm beschieden sei, wenigstens mit dazu beizutragen, daß alle Kreise unserer Bürgerschaft, die jetzt leider die einzelnen Interessen zum Teil auf's schärfste betonen, zu gegenseitigem Verständnis gelangen und daß das vielfach herrschende Mißtrauen verschwinden möchte, daß sich der einzelne als Glied des großen Ganzen, dem er sich anfügen und unterordnen müsse, wenn das Ganze gedeihen soll, fühle. Er schloß mit dem Wunsche, daß die gemeinsame Arbeit stets von dieser Auffassung geleitet sei und daß Gottes Segen sie begleiten möchte.

Im unmittelbaren Anschluß hieran nahm Herr Oberbürgermeister Dr. Dittrich die

Wiederverpflichtung des auf Lebenszeit gewählten Bürgermeisters Ernst Friedrich Roth

und die Verpflichtung und Einweisung des auf sechs Jahre zum dritten Bürgermeister der Stadt Leipzig gewählten bisherigen Stadtrats

Dr. Johannes Karl Weber

vor. Es sei ihm eine besondere Freude, daß seine erste Amtshandlung darin bestehe, die beiden Herren Bürgermeister wieder bezw. neu einzuweisen, und ihnen dazu die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Die Gestaltung der Geschäfte habe es angezeigt erscheinen lassen, Herrn Bürgermeister Roth zu entlasten und die Stelle eines dritten Bürgermeisters zu gründen. Von einer Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Rates habe man mit Recht Abstand genommen, da der Rat als Behörde und Inhaber der Exekutivgewalt in seiner Zahl nicht über einen gewissen Umfang hinaus vermehrt werden könne. Es sei damit ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zu der Dezentralisation getan, von dem man das Beste erhoffe. Im engsten Zusammenhange damit stehe die Vereinfachung der Geschäfte. Der Rat habe schon die ganzen Jahre daher sich angelegen sein lassen, alles zu tun, um Vereinfachungen durchzuführen. Das sei ihm auch mit dankbar anerkannter Unterstützung der Beamten gelungen. Ein hervorragendes Beispiel hierfür sei die Durchführung der Einverleibungen im vorigen Jahre ohne wesentliche Vermehrung der Beamten.

Die Verwaltung einer Großstadt müsse sich stets anpassen den Verhältnissen des praktischen Lebens. Der Rat habe das schon von jeher angestrebt und wie er überzeugt sei, so manche Erfolge dabei erzielt. In diesem Bestreben sei er ganz besonders von den ehrenamtlichen Mitgliedern des Rates unterstützt worden. Diesen auch heute herzlichen Dank auszusprechen, sei ihm tief empfundenes Bedürfnis. Auch der Begründung des Amtes eines dritten Bürgermeisters liege der Wunsch zugrunde, bei der Verwaltung noch mehr die Bedürfnisse des praktischen Lebens zu berücksichtigen. Herr Bürgermeister Roth solle dadurch entlastet und in den Stand gesetzt werden, sich ausschließlich dem Finanzwesen zu widmen und mit den Verhältnissen der einzelnen Abteilungen vertraut zu machen. Man hoffe, daß durch dieses Eindringen in die Geschäfte der einzelnen Verwaltungen es dem Vorstande des Finanzamtes gelingen werde in mancher Richtung Ermäßigung der gestellten Forderungen, Verbesserungen und Vereinfachungen herbeizuführen. Man habe das Vertrauen, daß Herrn Bürgermeister Roth das gelingen wird. Da die etwa freiwerdenden Geschäfte dem dritten Bürgermeister übertragen würden, müsse diesem eine Entlastung zuteil werden. Man habe deshalb in Aussicht genommen, einen Direktor für das Armenwesen anzustellen und hoffe, daß die Herren Stadtverordneten dem Rate hierbei ihre tatkräftige Unterstützung zuteil werden lassen, damit es gelinge, eine geeignete Persönlichkeit zu gewinnen. Auch zu Herrn Bürgermeister Dr. Weber habe man nach seiner bisherigen Tätigkeit das Vertrauen, daß er die sich bietenden Schwierigkeiten überwinden und daß er der geeignete Mann sei, um die Neugestaltung erfolgreich durchzuführen. Er dankte sodann noch beiden Herren für alles, was sie dem Rate bisher gewesen sind und schritt hierauf zu ihrer Verpflichtung, indem er zunächst Herrn Bürgermeister Roth als nunmehr lebenslänglich gewählten Bürgermeister der Stadt Leipzig durch Handschlag an Eides Statt und sodann Herrn Bürgermeister Dr. Weber eidlich in Pflicht nahm. Der Herr Vorsitzende wies sodann die beiden Herren Bürgermeister in ihr Amt ein, beglückwünschte sie, sicherte ihnen die Unterstützung des Rates zu und empfahl ihnen das Wohl der Beamten, gab auch dem Wunsche Ausdruck, daß ihre Tätigkeit eine erfolgreiche sein werde.

Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Dr. Rothe

wendet sich zunächst an Herrn Bürgermeister Roth. Als dieser vor drei Jahren nach Leipzig gekommen sei, sei er noch fremd gewesen. In dieser Zeit aber sei er der Unsrige geworden. Das Stadtverordnetenkollegium hoffe, daß er auch Befriedigung in seiner Tätigkeit gefunden habe, und daß es ihm gelingen werde, auch weiterhin eine vorbildliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Finanzwesens zum Segen der Stadt Leipzig zu entfalten. Herrn Stadtrat Dr. Weber habe das Stadtverordnetenkollegium nach seiner bisherigen Tätigkeit, insbesondere auf dem Gebiete der Armenverwaltung, als den rechten Mann für den neu geschaffenen Posten erachtet. Eine Vermehrung des Ratskollegiums habe das Stadtverordnetenkollegium gleichfalls nicht für wünschenswert erachtet. Das Stadtverordnetenkollegium glaube, daß es den richtigen Weg eingeschlagen habe und hoffe, daß Herr Bürgermeister Dr. Weber auch in Zukunft zum Segen der Stadt tätig sein werde.

Bürgermeister Roth

dankte für die ihm zuteil gewordenen freundlichen Worte. Er freue sich, daß es ihm gelungen sei, das Vertrauen der beiden städtischen Kollegien zu erringen. Wenn er in der verflossenen Zeit dem Wohle der Stadt gedient habe, so danke er das zunächst dem Herrn Bürgermeister und den Herren des Ratskollegiums, die ihm stets auf das freundlichste entgegengekommen seien und ihn tatkräftig unterstützt hätten. Es werde sein Bestreben sein, auch weiterhin die bisherige Kollegialität aufrecht zu erhalten. Die gemeinschaftliche Arbeit mit dem Stadtverordnetenkollegium sei ihm stets eine Freude gewesen. Er hoffe, daß es dabei auch in Zukunft bleiben möge, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben. Für das freundliche Entgegenkommen aus allen Kreisen der Bürgerschaft danke er herzlichst. Er könne versichern, daß er sich in Leipzig heimisch fühle, und daß er freudig auf die 3 Jahre seiner Tätigkeit hier zurückblicke. Er wolle versuchen, sich dieses allseitigen Entgegenkommens würdig zu erweisen. Großen

SLUB
Wir führen Wissen.